



Statewatch & Transnational Institute Pressemitteilung, 12.02.2014

Studie zeigt: Förderung der Drohnenindustrie kostet die europäischen Steuerzahler Millionen von Euro

Der neue Bericht, *Eurodrones Inc.*, zeigt, wie die Drohnenindustrie massive politische und ökonomische Unterstützung erhält, ohne dass die Bürger Europas davon Kenntnis haben und die öffentliche Aufsicht und Beteiligung bestenfalls marginal ist.

Der Bericht untersucht, wie hunderte Millionen Euro an Steuergeldern in Forschungssubventionen geflossen sind und wie die Drohnenpolitik nahezu ausschließlich von der Rüstungs- und Sicherheitsindustrie forciert wird, die letztlich davon profitiert. Öffentliche und private Interessen sind dabei so eng verflochten, dass Lobbyisten zahlreiche EU-Beamte wegen ihres Einsatzes für unbemannte Luftfahrzeuge und die Integration von Drohnen in den zivilen Luftraum mit Preisen ausgezeichnet haben.

Der umfangreiche englische Bericht zeigt wie:

- die Drohnenpolitik der EU sich zu einem abgestimmten Aktionsplan entwickelt hat, um die rechtlichen und technischen Hürden zu beseitigen, die derzeit noch den Flug von Drohnen im zivilen Luftraum verhindern;
- ohne demokratische Debatte ein Programm im Umfang von 70 Millionen Euro Eingang in neue EU-Gesetzgebung gefunden hat, dessen Ziel der weiträumige zivile Drohnenflug ist;
- mindestens 315 Millionen Euro an EU-Forschungsgeldern in Drohnenprojekte geflossen sind, von denen viele Europas größte Rüstungs- und Sicherheitskonzerne subventionieren und darauf ausgerichtet sind, die Überwachung an Grenzen und durch die Polizei zu verbessern;
- mindestens ein Dutzend Beamte mit Preisen für ihren persönlichen Einsatz für die Integration von Drohnen in den zivilen Luftraum durch den Industrielobbyverband *UVS International* bedacht wurden;
- der Europaabgeordnete Vittorio Prodi auf Veranstaltungen der Europäischen Kommission die "Unterstützung des Europäischen Parlaments für die Entwicklung von Drohnen zur zivilen Nutzung" behauptet, obwohl es keine formelle Position des Parlaments zu unbemannten Systemen gibt;

- die Pläne der EU nur Teil einer globalen Agenda sind, die in ausschließlich technokratischen Manier von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) entwickelt wurde und die darauf abzielt, den regulären zivilen Drohnenflug bis 2028 weltweit durchzusetzen; und
- die EU und die USA ein formelles Abkommen unterzeichnet haben, das beide Partner zur Kooperation bei der Integration von Drohnen in den zivilen Luftraum und der Harmonisierung ihrer Luftverkehrsmanagementsysteme verpflichtet.

Außerdem untersucht der Bericht wie:

- die Europäische Verteidigungsagentur erhebliche Forschungsmittel in Drohrentechnologie investiert hat und die Entwicklung von militärischen Drohnen fördert, insbesondere durch ein neues Projekt für eine europäische Langstreckendrohne für mittlere Höhen (MALE), das von sieben EU-Staaten getragen wird;
- Drohnen als Mittel für die Pläne zur Immigrationskontrolle gesehen werden und somit eine Schlüsseltechnologie für die EU-Grenzagentur Frontex und das Grenzüberwachungssystem EUROSUR werden könnten;
- die EU ihr Verhältnis zur Europäischen Raumfahrtagentur vertieft, die zentral für die Entwicklung von Satelliten- und Telekommunikationsinfrastrukturen ist, die benötigt wird, um Drohnen außer Sichtweite zu fliegen.

Obwohl Drohnen in verschiedensten Sektoren und Märkten Innovationen und Nutzen versprechen, dient ihre Förderung durch die EU insbesondere einer Rüstungsindustrie, die darum bemüht ist, auf dem wachsenden Weltmarkt für militärische Drohnen im Wettbewerb zu bleiben und in zivile Märkte zu expandieren. Da es der EU - mit Ausnahme der relativ neuen Europäischen Verteidigungsagentur - untersagt ist, Militärforschung zu finanzieren, subventioniert die Europäische Kommission den Rüstungssektor, indem die Entwicklung von Drohnen für Zwecke des "Heimatschutzes" gefördert wird. Der Bericht warnt davor, dass so schleichend die weitere Militarisierung der EU und die voranschreitende Automatisierung der Kriegführung befördert wird.

Schließlich fordert der Bericht eine effektive demokratische Kontrolle und eine öffentliche Debatte über die zukünftige Richtung von Drohnenpolitik und -technologie. Im September 2012 erklärte die Europäische Kommission, dass "der Prozess zur Unterstützung der Entwicklung von zivilen Anwendungen für ferngesteuerte Luftfahrtsysteme transparent sein und wichtige Akteure beteiligen muss, wie z.B. die Europäische Ethik-Gruppe, der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments, die EU-Grundrechteagentur und den Europäischen Datenschutzbeauftragten". Bislang wurde keiner dieser Akteure an dem langwierigen Prozess zur Entwicklung einer "Roadmap" beteiligt oder hierzu konsultiert. Ihr Fehlen in der Debatte heißt, dass viele der Themen, die die EU zu Drohnen debattieren müsste - z.B. wozu sie genutzt werden sollen und wozu nicht, oder wie eine weitere

Militarisierung und der Einsatz von voll autonomen Waffensystemen verhindert werden könnte - weitgehend ignoriert wurden.

Ko-Autor Ben Hayes kommentiert:

"Es ist leicht zu verstehen, warum Menschen so begeistert von Drohnen sind: Es gibt viele positive Dinge, für die sie genutzt werden können. Unübersehbar ist aber auch der Trend zur Entwicklung von Drohnen für High-Tech-Kriegsführung und massenhafte Überwachung. Die EU hat die moralische und rechtliche Verpflichtung Innovationen verantwortungsbewusst zu gestalten und Sorge dafür zu tragen, dass Grundrechte und das Rechtsstaatsprinzip ihre Politik leiten."

Ko-Autor Chris Jones kommentiert:

"Die Drohnenpolitik der EU hat sich in Jahren erfolgreicher Lobbyarbeit durch Rüstungs- und Sicherheitsindustrie und ihre Verbündete entwickelt. Sie wurde vorangetrieben von eben jenen, die am meisten davon profitieren. Trotz der unübersehbaren Implikationen des Einsatzes von zivilen Drohnen für die Bürgerrechte fehlte bislang eine gehaltvolle Beteiligung der Öffentlichkeit, der Zivilgesellschaft oder demokratischer Institutionen. Eine echte Debatte ist ebenso dringend geboten wie eine transparente, offene und demokratisch verantwortliche Entscheidungsfindung."

Kontakt:

Ben Hayes
Statewatch | www.statewatch.org
ben@statewatch.org | +44-20-7697-4266

Chris Jones
Statewatch | www.statewatch.org
chris@statewatch.org | +44-20-7697-4266